

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

**Strassen-
reinigung billiger?**

Seite 3 >>>

**Kita-
Gebühren hoch?**

Seite 2 >>>

**Dispo-
Zinsen runter?**

Seite 5 >>>

**Die Altersarmuts-
Republik**

von Marian Krüger



Preussisches Septemberfest

Links unten

Unter dem Namen „Day After“ erarbeiten die „Friedensinstitute“, „Stiftung Wissenschaft und Politik“, SWP, und das „United States Institute of Peace“, USIP, gemeinsam mit 50 „syrischen Oppositionellen“ seit Jahresbeginn streng geheime Pläne für die „Zeit nach Assad“. Diese „Oppositionellen“ sind Militärs und Privatpersonen aus den USA, Deutschland und Nahost.

Treffpunkt ist das SWP in Berlin-Wilmersdorf. Finanziert wird das Ganze vom Kanzleramt (SPW), dem Außenministerium und dem State Department. Für die Teilnehmer ist der syrische Staat schon erledigt, es geht nur noch um das Danach. Um die Wahrung deutscher und amerikanischer Interessen.

Die liegen wohl kaum in der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen, sondern in der Absicherung von Einflussphären und Profit. Und der Iran würde greifbar näher liegen.

Doch damit könnte sich die deutsche Bundesregierung einen Bären dienst erweisen.

Denn wer sind die „Rebellen“? Doch nicht etwa Demokraten?

US-Medien berichten intensiv über den wachsenden Einfluss von Al-Qaida-Kämpfern.

Die „Freie syrische Armee“ sei chaotisch und ineffizient. Die Infiltration der Dihadisten würde Al-Qaida zur „effizientesten kämpfenden Kraft in Syrien machen“. Die Dihadisten kommen aus Tschetschenien, dem Irak, Libyen, Saudi Arabien, dem Jemen und Jordanien.

Sollten die „Rebellen“ siegen, würden sie kaum eine „Demokratie“ einführen. Alles was bei dieser terroristischen Aktion herauskommt, wäre die Installation einer radikalislamischen Regierung in Syrien. Und die deutsche Bundesregierung hilft dabei mit dem Geld der Steuerzahler, Visa und Logistik.

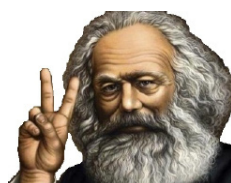
Die USA förderten seinerzeit den Kampf der Taliban gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Bis heute kriegen sie den Geist aus der Flasche nicht mehr los!

Quellen:

Die Zeit, 26.07.12

Taz, 10.08.12,

Junge Welt, 17.08.12



Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mit einer Zuschussrente die Altersarmut bekämpfen. Mit ihrem Vorschlag präsentierte sie alarmierende Zahlen. Auch wer heute 2.500 Euro Brutto hat, kann im Jahre 2030 nicht mit einer Rente rechnen, die ihm vor dem Gang zum Grundsicherungsamt bewahrt. Das von der Leyen alle niedrigen Renten nun bis auf einen Betrag von 850 Euro auffüllen will, klingt doch gar nicht schlecht. Und hat nicht von der Leyens Vorstoß dem Problem der Altersarmut eine gebührende Aufmerksamkeit verschafft?

Schaut man jedoch genauer hin, ist das Angebot sehr dürftig. Bei derzeit 400.000 älteren Menschen, die Grundsicherung im Alter (durchschnittlich 680 Euro) empfangen, würden zunächst nur 17.000 Rentner von dem geplanten Zuschuss profitieren. Für die Zuschussrente sollen zudem perspektivisch 35 Beitragsjahre plus 35 Jahre private Zusatzvorsorge zur Voraussetzung gemacht werden. Man muss kein Schelm sein, um Arges dabei zu denken. Denn das ist kein Konzept gegen Altersarmut, sondern eines, dass sich die Sorge vor der Altersarmut zu nutze macht, um die Interessen der Versicherungswirtschaft zu bedienen. Und Altersarmut und Billiglohnpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Wer weniger als 10 Euro in der Stunde erhält, erzielt damit keine Rentenbeiträge, die den Gang zum Grundsicherungsamt ersparen. Das ist die unbarmherzige Realität für die Einen. Für die Anderen bedeuten Minijobs, Werkverträge und Praktika, Rente mit 67 ein Billiglohnparadies, in dem man gut Kasse machen kann. So wurden die Weichen in die Altersarmutsrepublik gestellt. Dabei gibt es ja durch Möglichkeiten ernsthaft gegenzusteuern. Die Milliarden-Überschüsse der Rentenkassen, die jetzt für eine Beitragsenkung verpulvert werden, könnten genutzt werden, um die Rente armutsfest zu machen.

Aber für die Bundesregierung gibt es wichtigeres!

Kitas und Bibliothek sollen teurer werden

Auf der letzten Sitzung der Gemeindevertretung brachte Bürgermeister Henze zwei Vorlagen ein, die unmittelbar den Geldbeutel der Neuenhagener betreffen: Die Gebührensatzungen der Kitas und der Bibliothek sollen geändert werden. Für die Bibliothek sollen sich die Gebühren für Erwachsene von 6 Euro auf 12 Euro pro Jahr, für Azubis und Studierende von 3 Euro auf 6 Euro jeweils verdoppeln. Einziger Beitrag für Schülerinnen und Schüler soll bei 3 Euro bleiben. Bei derzeit 1.700 Nutzenden erhöht das die Einnahmen von derzeit etwa 8.000 Euro auf gerade mal 15.000 Euro pro Jahr, vielleicht. Bei einem Jahreshaushalt von etwa 25 Mio. Euro wäre das aus Sicht der LINKEN das falsche Signal. Der Zugang zur Bildung darf kein Spielball der Haushaltskonsolidierung sein, schon gar nicht, wenn es sich um eine derart vernachlässigende Summe handelt.

Bei den Kita-Gebühren ist in den nächsten drei Jahren eine 15%ige Erhöhung geplant, um insgesamt 174.000 Euro mehr einzunehmen. Dabei argumentiert das Rathaus, dass die Kosten gestiegen seien und der Haushalt schon im nächsten Jahr drohe unausgeglichen zu werden. Berech-

nungen der Linkfraktion ergaben, dass der Aufwand für die Kitas in den Jahren 2010 bis 2012 tatsächlich um 18% gestiegen ist. Allerdings gilt das auch für die Einnahmen: Aus den Gebühren der Eltern nimmt die Gemeinde mittlerweile, u. a. dank gesteigener Gehälter, 22% mehr ein – der Mehraufwand wird also bereits jetzt aufgefangen. Dabei wird noch zu einem Verfahrenskniff gegriffen: Nicht die zu bezahlende Summe soll sich erhöhen, sondern die dafür erbrachte Leistung gesenkt werden – wer will, dass sich für sein Kind nichts ändert, muss künftig tiefer in die Tasche greifen. Zurzeit zahlen Eltern für 50 Wochenstunden jeweils 100% der sozial gestaffelten Tabellenbeiträge, bei 45 Wochenstunden sinkt der Beitrag auf 95%, bei 40 Wochenstunden auf 85%. Klar ist: Wer regulär 40 Stunden arbeitet, muss sein Kind vorher zur Kita bringen und hinterher abholen – deswegen beharrte DIE LINKE auch bei vorherigen Debatten auf der 50-Stunden-Regelung. Doch nun soll bis 2015 für die 100% nur noch 40 Stunden Betreuungszeit pro Woche geboten werden – ein Schlag ins Gesicht aller berufstätigen Eltern oder gar Alleinerziehenden. So wird nach derzeitigem

Stand mehr als jedes zweite Elternteil von der Gebührenerhöhung betroffen sein. Die Gemeindevertretung hat nun beschlossen, dass die Gebührensatzungen vom 28.09. bis 15.10. für die Bürgerinnen und Bürger zur Stellungnahme im Rathaus ausliegen. Und das ist meine Bitte an Sie: Machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch. Sagen Sie Ihre Meinung. Schreiben Sie der Verwaltung und den Fraktionen. Meine Meinung ist: Die Kitagebührenerhöhung ist in Umfang und Staffelung nicht zu rechtfertigen. Neuenhagen darf bei allen berechtigten Sorgen um einen ausgeglichenen Haushalt nicht zuerst Kindern und Eltern in die Taschen greifen. Das konterkariere im Übrigen auch die Kita-Politik der Rot-Roten Landesregierung, die auf den Ausbau der Betreuung setzt und nicht darauf, die Betreuungszeiten zu reduzieren.



Sven Kindervater

Mitglied der
Gemeinde-
vertretung

**13.30 Uhr: Trommelgruppe des Heinitz-Gymnasiums Rüdersdorf
Beginn bei Kaffee und Kuchen
14.00 Uhr: „DIE LINKE 2012 -
Rückblicke/Ausblicke“, Stuhlkreis-
Diskussion u.a. mit Kerstin Kaiser,
Marco Büchel und Peer Jürgens
Moderation: Mathis Oberhof
15.00 Uhr: Offene Diskussionsrun-
den: Politik von unten! - Ist mehr
Einwohnerbeteiligung in der Kom-
mune möglich? Solarkraft beim
VEB SERO? - Ideen zur Kommunali-
sierung öffentlicher Aufgaben und
zur dezentralen Energiewende.
Original Sozial! -Welchen Spielraum
hat linke Sozialpolitik in den
Kommunen?
Sozialistische Europarepublik?
- Linke Ideen für ein neues Europa.
(Gast: Helmut Scholz, MdEP)
Links essen, links arbeiten, links
lieben - Wie geht eigentlich linkes
Leben?
17.00 Uhr: Konzert von Gina Pietsch
Sängerin, Schauspielerin und Brecht-Interpretin
19.00 Uhr: Update your region!
Diskussionsrunde - Regionaler Wahlkampf 2.0 (2013/2014)**

Kulturgießerei (An der Reihe 5, 15566 Schöneiche bei Berlin)

- www.linke-schoeneiche.de -

DIE LINKE.

- Linksherum zum alternativen -

3. Oktober

Nachdenken. Mitdenken. Neudenken.

Zur Neugestaltung der Ernst-Thälmann-Straße

Eines muss man der Gemeindeverwaltung lassen: Um die Neuenhagener Straßen kümmert sie sich. Die Liste der bereits erneuerten Straßen ist lang und gegenwärtig sind weitere in Arbeit, nämlich die Niederheidenstraße, Herrmann-Löns-Straße und die Hauptmannstraße. Sogar der Elsenweg (das ist der Weg zwischen den Orchideenwiesen im Naturschutzgebiet), jahrelang in einem beklagenswerten Zustand, ist gründlich in Stand gesetzt worden.

Nun soll die Ernst-Thälmann-Straße umgestaltet werden, und zwar so, dass sie repräsentativer wird und dem Ort einen mehr städtischen Charakter gibt. Da stört die alte Lindenallee. Eine neue Allee aus Kaiserlinden soll sie ersetzen. Die soll über eine halbe Million Euro kosten. Kaum zu glauben, aber es gibt dazu die entsprechenden Gutachten eines Beratungsunternehmens.

Aber es gibt auch andere Vorstellungen darüber, wie diese Straße künftig aussehen soll. Der Bürgerverein Neuenhagener Zentrum hat dazu ein Schreiben an die Gemeindeverwaltung und die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates geschickt. In diesem Dokument setzen sich die Verfasser kritisch mit den geplanten Kosten auseinander. Das ist nur zu verständlich, müssen sich doch die Anlieger nach Straßenbaubeitragsrecht an den



Kosten beteiligen, wenn wirtschaftliche Vorteile durch den Straßenumbau entstehen. Sie stellen sechs Forderungen auf, die kurz gefasst folgendes beinhalten:

1. Die Winterlindenallee bleibt
2. Das Großpflaster ist neu zu verlegen
3. Keine Parktaschen
4. Die Neubauten in der Straße sollen sich an der Höhe der vorhandenen Bauten orientieren
5. Verkehrsführung beibehalten
6. Nach Möglichkeit für die Radfahrer bessere Bedingungen schaffen

Der Punkt 1. ist identisch mit der Forderung der Ortsgruppe des NABU. In dem von der Gruppe veranlassten Baumgutachten wird festgestellt, dass eine Fällung der alten Allee vorläufig überhaupt nicht erforderlich ist. „Die mittlere Lebenser-

wartung der Lindenallee beträgt aus Sachverständigersicht etwa 25 Jahre.“, ist das Fazit dieses Gutachtens. In der Sitzung der Ortsgruppe des NABU am 20. Juli trug der Sachverständige Herr Manfred Frommer die Ergebnisse seiner Untersuchung vor. Er setzte sich dabei sehr kritisch mit dem vorliegenden Alleengutachten auseinander. Ich war Zuhörer und kam zu dem Ein-

druck, dass das wirtschaftliche Interesse des verantwortlichen Beratungsbüros für das Alleekonzept ganz offensichtlich in Konflikt mit einer wissenschaftlich korrekten Arbeitsweise geraten ist. Es wäre nicht das erste Mal.

Wir sind alle aufgefordert, unsere Meinung zur Gestaltung der Ernst-Thälmann-Straße zu sagen. Meine Meinung ist die: Mir gefällt die vorhandene Allee. Ich wünschte mir lediglich eine bessere Befahrbarkeit mit dem Fahrrad.

Melden auch Sie Ihre Wünsche an, beteiligen Sie sich durch ihr Engagement. Nicht Beratungsunternehmen sollten darüber entscheiden, was gut für uns ist. Es sind doch u n s e r e Straßen.

W. Niebsch

Niedrigere Kosten bei der Straßenreinigung?

Mit der Straßenreinigung, der Grünflächenpflege und dem Winterdienst sind in Neuenhagen private Firmen per Ausschreibung beauftragt. Das billigste Angebot erhält in der Regel den Zuschlag. Doch tatsächlich werden der Gemeinde häufig höhere Rechnungen gestellt, als in den Ausschreibungen vorgesehen. Auch mit der Qualität hapert es. Die Auffassung, dass der Wettbewerb privater Dienstleister zur höchsten Qualität bei niedrigsten Preisen führt, lässt sich nicht bestätigen.

DIE LINKE hat in der Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses (VWA) im August ein Papier zur „Kommunalisierung der Daseinsvorsorge in Neuenhagen“ vorgelegt. Es soll untersucht werden, ob die Aufgaben in kommunaler Eigenregie besser erfüllt werden können. Der VWA hat daraufhin beschlossen, Kostenanalysen und Realisierungsvarianten zu erarbeiten, um der Gemeindevertretung Vorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen. Aus Sicht der Linken könnte sich eine Kommunalisierung für die Bürger bezahlt machen: „Kommunale Körperschaften können an Eigenbetriebe, Anstalten des öffentlichen Rechts und GmbH im Alleinbesitz langfristig Aufträge ohne Ausschreibung vergeben. Mit dieser Planungssicherheit kann das bei privaten Dienstleistern immer höher anzusetzende Planungsrisiko sehr viel geringer kalkuliert werden. Bei einem Eigenbetrieb werden die Endverbraucherko-

sten nochmals reduziert, denn für seine Leistungen wird keine Mehrwertsteuer erhoben“ - heißt es in dem Positionspapier.

Die LINKE hat ihre Initiative bereits Kommunalpolitikern der Nachbargemeinden vorgestellt. Denn seit 2010 treffen sich die Vertreter der linken Fraktionen des Mittelbereichs (Neuenhagen, Hoppegarten, Fredersdorf, Altlandsberg, Petershagen) regelmäßig zum Erfahrungsaustausch. Die Neuenhagener Initiative stieß dort auf reges Interesse. Dabei ging auch um die Frage, inwieweit es sinnvoll sein könnte, einen Zweckverband zu gründen. Da die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens wegen der Fixkosten erst ab einem bestimmten Auftragsvolumen erreichbar ist, wird ein Unternehmen eines Zweckverbandes eher wirtschaftlich werden.

M. Krüger

Veranstaltungshinweis:

„Kommunale Daseinsvorsorge in Neuenhagen

– ist ein Zweckverband sinnvoll?“

mit Dr. Klaus Biedka,

sachkundiger Einwohner für die Fraktion

DIE LINKE, 19. Sept. 2012, 19.00 Uhr,

Bürgerbüro in der Ernst-Thälmann-Str. 33

Glaubt man der Bundesregierung, wird es keinem der Mieter von 12.000 Wohnungen der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft nach dem beabsichtigten Verkauf der der TLG schlechter gehen. Schließlich bleiben ja die alten Mietverträge gültig, heißt es beim Bund. Außerdem wird angekündigt, den Verkauf der Wohnungen mit einer Sozialcharta mieterfreundlich zu gestalten. Für den SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Hacker ist die Charta „ein Muster ohne Wert“.

Im Landkreis Märkisch-Oderland sind 1.000 Wohnungen in Strausberg von dem Verkauf betroffen. Nach Presseberichten liefern sich die einschlägig bekannten Heuschrecken Cerberus, Blackstone, Apollo und ein Fonds der US-Großbank Morgan Stanley das Rennen um die Wohnungen. Allerdings hatte auch die von linken Politikern gegründete Genossenschaft FAIRWOHNEN fristgerecht und ein von einer deutschen Bank unterstütztes Angebot abgegeben. Doch die mit dem Bieterverfahren beauftragte Barclays Bank hat die Genossenschaft, zu der auch prominente märkische Linke, wie der

Landesvorsitzende Stefan Ludwig und die Umweltministerin Anita Tack, gehören, aus dem Verfahren ausgeschlossen. Mit Barclays ist ein Institut beauftragt, das gut weiß, wie man Geld macht, schließlich ist es in einen der größten europäischen Betrugs-skandale um manipulierte Zinssätze verwickelt.

„Wir wollen alles versuchen, um wieder in das Bieterverfahren zurückzukommen“, sagte der Geschäftsführer von Fair Wohnen FAIRWOHNEN, Joachim Kadler im Gespräch mit der „Märkischen Allgemeinen.“ Die linke Bundestagsabgeordnete Heidrun Bluhm stellt klar: „FAIRWOHNEN wird es weiter geben. Sie wird auch ohne Kaufoption beim Bund weiter auf die Selbstorganisation der Bewohner setzen, damit die Mieter nicht als die Renditezahler für die „Heuschrecken“ dienen.



Marian Krüger

Vorsitzender
der LINKEN.
Neuenhagen

Neuenhagener Gespräche 2012/2013 werden vorbereitet

Am 22. August 2012 beriet der Arbeitskreis „Neuenhagener Gespräche“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg die neuen Vorhaben für das Bildungsjahr 2012/2013. Daran nahm auch der Vorsitzende der Ortsorganisation DIE LINKE Neuenhagen, Marian Krüger teil. Aufbauend auf den guten Erfahrungen der vergangenen Gespräche wird ein anspruchsvolles Programm ins Auge gefasst.

Eröffnet wird das Bildungsjahr im Oktober mit einem Gespräch über das Zukunftskonzept der Brandenburger Linkspartei -

Siehe Anzeige auf Seite 5!

Im Dezember soll die Gesprächsreihe mit der Wissenschaftlerin Prof. Dr. Karin Kulow zum Nahen Osten, speziell Türkei/Syrien fortgesetzt wer-

den.

Für Januar/Februar 2013 ist ein wirtschaftspolitisches Thema, entweder zur Energiepolitik oder zur Eurokrise, je nach Aktualität, geplant.

Das Neuenhagener Gespräch im März/April 2013 wird sich mit asiatischer Politik - China/Indien beschäftigen. Anregungen soll hierzu ein Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Deutsch-Chinesische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart im September 2012 in Potsdam geben.

Schon längere Zeit geplant ist ein Neuenhagener Gespräch zur historischen und aktuellen Rolle der Vereinten Nationen (UNO). Der Zeitpunkt muss noch abgesprochen werden.

Der Abschluss der Gesprächsreihe im

Malus statt Bonus

Bonus ist von Hause aus kein Riesengeldgeschenk für Bankvorstände, sondern ein schlichtes lateinisches Adjektiv mit den unregelmäßigen Steigerungen melior und optimus. Es bedeutet gut. Bonus als Substantiv kannten die alten Römer nicht. Es entstand viel später in der Bedeutung von Sondervergütung und steckt im Französischen beispielsweise in Bon (Gutschrift, Quittung), Abonnement, Bonmot, aber auch interessanterweise in Bonbon (angeblich von französischen Kindern für eine Leckerei gebildet). Hier ist in der Aussprache der kurze Vokal vom Lateinischen her erhalten geblieben. Das o in bonus wurde nämlich kurz gesprochen, im Gegensatz zum heutigen gedehnten o. Wer Bonnus sagt oder „Bonni“, hat heutzutage schlechte (Sprach)karten, zeigt aber, dass er im Lateinunterricht gut aufgepasst hat.

Ein Bonus kommt selten allein, ließe sich ein deutsches Sprichwort abwandeln. Zumindest dann nicht, wenn über die Bankelite berichtet wird. Gleich zu Tausenden bevölkert der Begriff die Medien, weil sich mit Ausnahme der Kapitaleigner, für die Boni nur Peanuts wären, alle Welt über deren Gehilfen, die Gierbanker, aufregt. Allerdings erscheint der Plural seltsamerweise meist nicht so, wie ihn Wörterbücher empfehlen. Wir finden: die Bonus oder die Bonusse. So stand es auch in früheren Auflagen des Dudens. Inzwischen wurde angefügt: auch Boni. Sprachgebrauch. Das Gegensatzwort (Antonym) zum lateinischen bonus lautet malus, also schlecht. Mali (= Miese) für die Boniritter, das wäre doch mal was anderes!

Dietrich Lade

Mai/Juni wird auf die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen aufmerksam machen. Arbeitsthema: Wie ticken die Wähler, welches Potential hat die Linke?

Der Arbeitskreis Neuenhagener Gespräche hofft mit diesen Themen und sachkundigen Gesprächspartnern wiederum einen breiten und interessierten Teilnehmerkreis aus Neuenhagen und dem Berliner Umland anzusprechen. Die Veranstaltungen werden in der Regel im Bürgerhaus Neuenhagen stattfinden.

H. Wolff

Dispo-Zinsen begrenzen

Wer bei der Sparkasse Märkisch-Oderland einen Dispo-kredit aufnimmt, muss derzeit 11,54 Prozent Zinsen dafür berappen. Damit liegt unsere regionale Sparkasse zwar leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 12,4 Prozent, doch angesichts historisch niedriger Leitzinsen von 0,75 Prozent sind derartige Zinsraten politisch nicht zu rechtfertigen. Die Banken bedienen sich hier auf Kosten derjenigen, die auf den Dispo angewiesen sind. Das sind Menschen mit wenig Geld, die nur so größere Anschaffungen finanzieren können. Und das sind neben Handwerkern und Gewerbetreibenden, insbesondere Geringverdiener, die den Dispo brauchen. Und da mehr als 16 Prozent der Deutschen regelmäßig ihr Konto überziehen, werden die Dispozinsen zum Selbstbedienungsladen der Banken.

Nach Berechnungen von Verbraucherschützern strichen sie von Dezember 2008 bis April 2010 777 Millionen Euro an Dispo- und Überziehungszinsen ein.

Wichtiger ist jedoch, etwas dagegen zu tun. Deswegen hat die LINKE im Landtag Brandenburg die Landesregierung aufgefordert, auf Bundesebene gesetzliche Regelungen einzufordern. Ziel muss es sein den Dispozinssatz zu begrenzen und den niedrigen Leitzins zeitnah an den Verbraucher weiterzugeben.

Aber wir können auch in Märkisch-Oderland handeln. Denn öffentliche Geldinstitute wie die Sparkassen haben nach Auffassung der LINKEN Brandenburg eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl. Deshalb sollten die Sparkassen-Verwaltungsratsmitglieder aus den Kommunal-

parlamenten auch im Sinne des Verbraucherschutzes tätig werden. Die Dispozinsen sind nur ein Beispiel für die Unkultur der Banken, die sich in Deutschland ausbreitet und gegen die wir Verbraucherschützer kämpfen, wie auch gegen die explodierenden Strom- und Spritpreise, Lebensmittelkandale und Abfällen im Internet. Hier müssen neue gesetzliche Regelungen gegen Wucher, Betrug und dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht geschaffen werden.



Marco Büchel

Landtags-
abgeordneter der
LINKEN

Riexinger kommt:

27.9.2012, 19Uhr
Gemeindesaal
Hoppegarten
Lindenallee 14

Der neue Vorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger kommt zu uns und wir wollen mit ihm über die aktuelle Politik und über die Bundestagswahl 2013 diskutieren: Was sind die Ziele der LINKEN? Was will sie für Ostdeutschland erreichen? Und wie stellt sie sich einen Politikwechsel auf Bundesebene vor?

Dazu laden wir Sie ganz herzlich ein.

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin



27. Neuenhagener Gespräch

am Freitag,
den 19. Oktober 2012,
19.00 Uhr,
im Bürgerhaus Neuenhagen,
Vereinsraum 1,
Hauptstraße 2

Mit Daniela Trochowski, Mitglied des Landesvorstandes der Linken,
Staatssekretärin für Finanzen

Thema:
Brandenburg 2030 – linke Strategie für die Landespolitik

Moderation:
Marian Krüger,
Vorsitzender des Vorstands
DIE LINKE Neuenhagen

Heute: Neuenhagener, die man kennen sollte...

Wussten Sie schon, dass in Neuenhagen viele Jahrzehnte lang ein bekannter bildender Künstler lebte, der von 1948 bis 1955 Bürgermeister unserer Gemeinde war? Gleichzeitig war er als Ortschronist tätig und verfasste eine Ortschronik, die in 35 Fortsetzungen im Neuenhagener Echo der fünfziger und sechziger Jahre erschienen ist. Es handelt sich um Erich A. Bischof, der seit 1922 in einem kleinen Siedlungshäuschen der heutigen Karl-Liebke-Strasse wohnte. In der Bildenden Kunst war er vor allem auf dem Gebiet des Holzschnittes und der Zeichnung tätig. Porträts, Landschaftsbilder und Themen aus dem Leben der einfachen Leute waren die Hauptmotive seines Schaffens. Er trat 1929 der KPD bei und wurde Mitglied der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands. In Neuenhagen war er 1929 der erste kommunistische Abgeordnete in der Gemeindevertretung. 1933 wurde er von den Nazis aus allen kulturpolitischen Organisationen ausgeschlossen, seine Schriften und Bilder wurden beschlagnahmt und verbrannt. Er selbst wurde verhaftet und sollte ins Konzentrationslager Oranienburg ge-

bracht werden. Kurz davor gelang ihm die Flucht und auf abenteuerlichen Wegen emigrierte er zuerst in die Tschechoslowakei und von dort über Polen und Schweden nach England. Nach einer zeitweiligen Internierung 1939 als Deutscher und Angehöriger des Kriegsgenossen konnte er schließlich in London Fuß fassen und schlug sich mit journalistischer Arbeit, Herstellung von Plakaten und Werbematerialien sowie Vorlesetätigkeit mit Mühe durchs Leben.

Erst 1948 war er wieder zu Hause in Neuenhagen. Aus Bitten seiner Genossen wurde er dann Bürgermeister seiner Gemeinde. In den turbulenten Jahren des schweren Anfangs bewältigte er diese für ihn neue Aufgabe mit Tatkraft und fester politischer Überzeugung in kräftezehrender harter Arbeit. Im Frühjahr 1955 konnten, wie er selbst schrieb, „geschulte Kräfte mich ablösen“.

Über seine kommunalpolitische Arbeit hinaus war er danach im Kulturbund und in der Liga für Völkerfreundschaft vor allem als Dolmetscher und Reiseführer tätig. Bis ins hohe Alter schrieb er zahlreiche heimatgeschichtliche und politisch aktuelle Artikel für das Neuenhagener Echo und war Verfasser

zweier Broschüren zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Neuenhagen. In allen Etappen seines bewegten Lebens hat Erich Bischof die Widersprüche der Gesellschaft scharf beobachtet und in kraftvollen, aufs Wesentliche konzentrierten Werken gestaltet. Sie drücken Kampf, Arbeit und Leiden der Menschen sowie Schönheit von Menschenantlitz und Landschaft aus. Zahlreiche Ausstellungen in Prag, London, Berlin und schließlich auch in Strausberg und Neuenhagen zeigten seine künstlerische Meisterschaft verbunden mit klarer politischer Ausdruckskraft. Erich Bischof hat als aufrechter Demokrat und Kommunist einen demokratischen Sozialismus in der DDR gewollt und damit seinen Idealen die Treue gehalten. Es ist heute allzu leicht, all das, wofür Erich Bischof lebte und arbeitete, als bloße Unterstützung einer totalitären Parteiendiktatur abzuwerten. Erich Bischof aber lebte so wie er dachte, für ein neues Leben in einer neuen Gesellschaft. Er starb 1990 und ist auf dem Waldfriedhof an der Hönowener Chaussee bestattet worden. Wir sollten Erich Bischof nicht vergessen. Übrigens: Erich Bischof ist 1979 Ehrenbürger der Gemeinde Neuenhagen geworden.

Unsere Buchtipps für Sie

T.E.LAWRENCE
**DIE SIEBEN
SÄULEN
DER WEISHEIT**
LAWRENCE VON ARABIEN



LIST

LIST BIBLIOTHEK

Thomas E. Lawrence
**Die sieben Säulen
der Weisheit**
Paul List Verlag 1991,
14,95 Euro
ISBN:
978-3548609119

Der Roman schildert den von England geschürten arabischen Aufstand 1917/18 gegen die Herrschaft der Osmanen. Ob-

wohl die Aufteilung der Region zwischen Frankreich und England bereits im Sykes-Picot-Abkommen von 1916 festgelegt worden war, sicherte Lawrence den arabischen Stämmen für den Fall des Sieges Unabhängigkeit zu, wohl wissend, daß er sie schamlos belügt. Die Hoffnung des Haschemiten-Prinzen Faisal, ein Königreich „Großsyrien“ zu erhalten, scheiterte an Frankreich. Erst 1946 konnte die Arabische Republik Syrien ausgerufen werden.



Heinz Scharf
**Anatolien,
Du Schöne**
Shaker-Media
GmbH, 22,90 Euro
ISBN: 978-3-86858-
850-7

Die Grenzziehung zwischen Irak, Syrien und der Türkei folgte rein den Interessen der Großmächte England und Frankreich. Die

kurdischen Stämme leben deshalb heute in drei Staaten. Die Türkei konnte bis heute weder Kurden noch Christen als gleichberechtigte Bürger integrieren. Doch ihr Lebensraum umfasst nicht nur eine fantastische Landschaft, sondern bildet auch eine eigenständige Kultur, die sich beim Zusammentreffen mit der westlichen in allen Bereichen reibt. Das Buch berichtet über die Erkundung dieses im Verborgenen blühenden Gartens.

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet:
dienstags von 13 - 18 und
sonnabends von 10 - 13 Uhr



Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation
Neuenhagen der Partei
DIE LINKE, Marian Krüger
c/o Bürgerbüro
Ernst-Thälmann-Str. 33
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.